

24. November 2021

Postulat

der Fraktionen SP, Grüne

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie an der Volksschule Bildungsrückstände, die aufgrund der Corona-Pandemie entstanden sind, gezielt behoben werden können. Die dazu notwendigen Ressourcen sollen bereitgestellt werden.

Begründung

Seit Mitte März 2020 müssen die Schülerinnen und Schüler unter besonderen Bedingungen lernen: Zuerst wurden die Schulen für 6 Wochen geschlossen, dann wurde während einiger Wochen nur halbtagsweise oder tageweise (in Halbklassen) unterrichtet. Und die monatelange Maskenpflicht in der Schule – für Lehrpersonen und für die älteren Schülerinnen und Schüler – behinderte das Lernen. Es ist im Moment völlig unklar, wann die Schulen zur Normalität zurückkehren können.

Verschiedene Untersuchungen zeigen, dass ein Teil der Schülerinnen und Schüler während dieser herausfordernden Zeit, die bis heute andauert, mit Lernen in Rückstand geraten sind. Dies betrifft insbesondere Kinder aus sozial benachteiligten Verhältnissen: Ihnen stand im Fernunterricht manchmal nur ungenügende Hardware zur Verfügung, und sie erhielten bei Bedarf kaum Hilfe von ihren Eltern und Mitschüler*innen. Und auch im Präsenzunterricht konnten die Lehrpersonen diesen benachteiligten Kindern nicht die notwendige Unterstützung gewähren – wegen der Maskenpflicht und den einzuhaltenden Abstandsregeln. Um Bildungsgerechtigkeit anzustreben, sind solche Rückstände auf unbürokratische Weise gezielt zu beheben. Diese Unterstützung sollte baldmöglichst erfolgen, damit die Kinder nicht während der ganzen Schulzeit und im weiteren Leben benachteiligt sind.

 